



Mechthild Rawert
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Mario Czaja
Senator für Gesundheit und Soziales
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
Oranienstraße 106

10969 Berlin

Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden
Raum 5.027

☎ (030) 227.737 50

📠 (030) 227.762 50

✉ mechthild.rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof

☎ (030) 720 13 884

📠 (030) 720 13 994

✉ mechthild.rawert@wk.bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Berlin, 15. Mai 2013

Rücknahme der Kürzungen für die Lesbenberatung Berlin e.V. - Psychosoziales Beratungs- und Therapiezentrum - sowie für das Familienplanungszentrum - Balance

Sehr geehrter Herr Senator Czaja,

ich wende mich an Sie sowohl als Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, hier Berichterstatterin u.a. für Frauengesundheit, Intersexualität, Gender und ein kultursensibles Gesundheitswesen, als auch als Bundestagsabgeordnete (SPD) für Tempelhof-Schöneberg, dem Bezirk, in dem die Lesbenberatung Berlin e.V. seit Jahren erfolgreiche Arbeit leistet.

Ich fordere Sie auf, die Kürzungen sowohl für die Lesbenberatung Berlin e.V. als auch für das Familienplanungszentrum - Balance zurückzunehmen. Beide Projekte sind mir durch gemeinsame Veranstaltungen und Besuche vor Ort wohlbekannt. Beide Projekte bieten unverzichtbare niedrigschwellige Angebote gesundheitlicher und psychosozialer Versorgung für bis dato auch in Berlin noch unterversorgte Bevölkerungsgruppen. Obwohl Berlin hier bundesweit schon eine Vorreiterstellung innehat, erfolgt keine ausreichende Finanzierung der „Besonderen gesundheitlichen Bedarfslagen“, schon gar nicht in Verbindung mit Queer-Projekten, mit Projekten für lesbische, bisexuelle und transidente Menschen.

Mit großem Unverständnis nehme ich wahr, dass Frauenprojekte sich untereinander finanzieren sollen. Gleiches gilt für Nutzerinnen die Minderheiten angehören. Angemessen ist angesichts der differenzierten Problemstellungen eine Aufstockung der Mittel.

Aus Gleichbehandlungsgründen bitte ich Sie, ihre Entscheidung dringend zu überprüfen und zu revidieren. Chancengleichheit für alle im Gesundheitswesen, die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus erfordern mehr und nicht weniger Mittel. Die Verbesserung der zielgruppenspezifischen Versorgung mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten ist hoffentlich unser gemeinsames Ziel.

Rücknahme der Kürzungen für die Lesbenberatung Berlin e.V.

Die Lesbenberatung ist eine unverzichtbare Schnittstelle zwischen Präventions- und Krisenarbeit. Die in mehreren Sprachen geleisteten Beratungen und Gruppenangebote für lesbische, bisexuelle und transidente Menschen u.a. zu Themen der Sexualität, der sexuellen Gesundheit / HIV/AIDS, der Identitätsfindung für transsexuelle Menschen, bei Gewalt, beim Kinderwunsch sind berlinweit einzigartig. Zusammen mit ihrem Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich (Lesbische/bisexuelle MigrantInnen und Schwarze Lesben und Trans*Menschen) wird hier

Teilhabe und Partizipation, das gleichberechtigte Miteinander unterschiedlicher Lebensformen gefördert. Die Lesbenberatung Berlin e.V. steht für ein weltoffenes Berlin.

Es existieren bekanntermaßen Versorgungsbarrieren im Gesundheitswesen, die Mitgliedern der LGBTTI-Community eine gleichberechtigte Nutzung medizinischer und psychotherapeutischer Behandlungsangebote erschweren. Studien belegen homophobe Diskriminierungen durch Gesundheitsfachkräfte im deutschen Gesundheitswesen. Die Antizipation dieser homophoben Reaktionen, die Erfahrungen der Abwertung ihrer sexuellen Identität bzw. soziosexuellen Orientierung führen dazu, dass sie seltener zum Arzt, zur Ärztin gehen, als nötig wäre.

So schreibt beispielsweise das Deutsche Ärzteblatt (Dtsch Arztebl 2010; 107(44): A-2166 / B-1876 / C-1851): Lesbische Frauen vermeiden Vorsorgemaßnahmen, nehmen bei gesundheitlichen Beschwerden seltener als heterosexuelle Frauen Kontakt zum medizinischen System auf, schieben notwendige Behandlungen auf und outen sich gegenüber ihren Ärztinnen häufig nicht. Diskriminierungen durch einzelne MedizinerInnen und PsychotherapeutInnen führen dazu, dass sich diese Patientinnen nicht sicher sein können, dass sie kunstgerecht und respektvoll behandelt werden. Das für die Compliance so bedeutsame Arzt/Ärztin-PatientInnen-Verhältnis ist gestört. Noch fehlen Leitlinien zur Behandlung von Homosexuellen in Deutschland, dabei stellt ein kompetenter Umgang mit homo- und bisexuellen Menschen einen wesentlichen Baustein von Struktur- und Prozessqualität in der Versorgung dieser PatientInnen dar. Dabei wissen wir alle, wie bedeutsam es ist, die Lebenssituationen, hier lesbische Lebensstile, -entwürfe und Kulturen, zu kennen, um kompetent beraten und medizinisch betreuen zu können.

Gerade für LBT*, die Mehrfachdiskriminierung erfahren, ist die Lesbenberatung Berlin e.V. - Psychosoziales Beratungs- und Therapiezentrum/ LesMigraS mit ihren Angeboten und dem Fokus auf Rassismus, Trans*Diskriminierung und Homophobie und ihrer Arbeit gegen strukturelle Diskriminierung und Gewalt nahezu einzigartig. Es gibt in Berlin keine entsprechende Ausweichmöglichkeit. Es bedarf dieses geschützten Raumes!

Die Lesbenberatung Berlin e.V. und LesMigraS sind eine der ersten Stellen, die sich um das in Deutschland noch vernachlässigte Thema „Mehrfachdiskriminierung“ kümmern. Die von ihnen in Auftrag gegebene bisher umfangreichste deutsche Studie „Erfahrung mit Gewalt und Mehrfachdiskriminierung von lesbischen/bisexuellen Frauen und Trans*“ zeigt, dass Diskriminierungen für Menschen, deren Lebensweise//Orientierung lesbisch oder bisexuell ist oder die sich als Trans* bezeichnen, nach wie vor zu den Alltagserfahrungen vor allem in den gesellschaftlichen Bereichen Bildung, Arbeit und Gesundheitswesen gehören. „Im Gesundheitsbereich geben etwa 20% an vom medizinischen Fachpersonal respektlos behandelt worden zu sein und 30% geben an, die Erfahrungen gemacht zu haben, als heterosexuell angesprochen worden zu sein, obschon ihre lesbisch/bisexuelle Lebensweise bekannt war. Auch geben 44% der Trans*Gruppe an, dass es sie sehr belastet, dass ihr Trans*Sein als „psychische Störung“ gewertet wird.

Fazit: Es liegt eine relativ hohe „Diskriminierungsbelastung“ vor. Die Betroffenen brauchen lesbische/bisexuelle Räume, da an diesen Orten eine Abweichung von Gendernormen weniger negative Konsequenzen mit sich bringen bzw. „Gendervariationen“ nicht so schnell zu Irritationen wie im Alltag führen!

Sehr geehrter Herr Senator Czaja,
Bitte nehmen Sie die Kürzungen für die Lesbenberatung Berlin e.V. und das Familienzentrum - Balance zurück.

Mit freundlichen Grüßen